



INTERVIEW

Sechs Fragen an den neuen Landesvorsitzenden

Guten Tag Uwe. Als Erstes möchte ich dir im Namen aller Leser der DP zur Wahl zum Landesvorsitzenden gratulieren und gleich die Frage anschließen, ob du dich in den letzten sechs Wochen schon einigermaßen einleben konntest.

Die letzten sechs Wochen sind wie im Flug vergangen, Zeit zum „Einleben“ gab es sehr wenig. Die Arbeit als Landesvorsitzender und im Hauptpersonalrat hat mich voll in Anspruch genommen. Allerdings haben wir als Mitglieder des GLBV auch die grundsätzliche Aufgabenverteilung besprochen und die weitere Arbeit organisiert. Das ist schon so etwas wie eine Eingewöhnungsphase.

Du bist GdP-Mitglied der ersten Stunde und seit über zwölf Jahren im Geschäftsführenden Landesvorstand. Was war für dich der Hauptgrund, für den Landesvorsitz zu kandidieren? Wir hatten im Landesvorstand schon 2004 ein kleines Per-

sonalfindungskonzept beschlossen und damit Kriterien für die Besetzung der Funktionen in der GdP festgelegt. Als dann klar war, dass Karsten nicht mehr als Landesvorsitzender kandidiert, haben viele Kolleginnen und Kollegen mit mir gesprochen, ob ich diese Aufgaben übernehmen würde. Nach einigen Tagen Bedenkzeit habe ich mich dann entschlossen, die Aufgaben zu übernehmen.

Was sind für dich die Hauptschwerpunkte der Gewerkschaftsarbeit in den nächsten Jahren?

Für mich gibt es in den nächsten Jahren neben der Realisierung der Aufträge des 6. Landesdelegiertentages als Schwerpunkt den Kampf gegen den fortschreitenden Personalabbau und für ein echtes Personalentwicklungskonzept weiterzuführen. Damit befassen sich ja auch Anträge an den 6. Landesdelegiertentag. Dazu kommen noch die Forderung nach deutlich mehr Beförderun-

Fortsetzung auf Seite 2



Uwes Arbeitsplatz im Innenministerium. Er ist Vorsitzender des örtlichen und Mitglied des Polizeihauptpersonalrates.

SCHLAGLICHTER*

Montag, 23. November 2009

3. Landes-GdP-Ball

Der kulturelle Abschluss des Konferenz- und das Highlight des Veranstaltungsjahres 2009 war der 3. Landes-GdP-Ball am 14. November. Im RAMADA Hotel in Halle/Peißen fanden wir das richtige Ambiente und auch das notwendige Know-how.

Samstag, 21. November 2009

Gedenkfeier

Am 21. November 2009 fand in der Kirche St. Georg in Dessau die Gedenkfeier für die 26 im letzten Jahr verstorbenen Kolleginnen und Kollegen der Polizei statt. Die Angehörigen, der Innenminister als Schirmherr, Vertreter der Behörden und Einrichtungen sowie der Gewerkschaften gedachten der Verstorbenen.

Mittwoch, 18. November 2009

GdP zeigt Flagge gegen Rechts – Gemeinsam mit allen demokratischen Kräften gegen Radikalismus

Samstag, 7. November 2009, die rechte Szene hat in Halle zu einer Demo unter dem Motto „Zwanzig Jahre Mauerfall, wir sind das Volk“ aufgerufen. Nicht nur, dass der Mauerfall vor zwanzig Jahren, mit dem diese Menschen wohl überhaupt nichts zu tun hatten, auch die Tatsache, dass der 9. November auch ein dunkler Tag in der deutschen Geschichte war, sind Anlass genug, sich dem Aufruf der Initiative für Zivilcourage anzuschließen.

Montag, 16. November 2009

Seniorengruppe Bitterfeld-Wolfen – Vorsorge zur Gesundheit im Alter

Nach den Informationen unseres Vorsitzenden Wolfgang Jung über die Problematik der „Vorsorge zur Gesundheit im Alter“ wurde im Vorstand festgelegt, einen Vortrag mit Gesprächsrunde zu diesem Thema durchzuführen.

Montag, 16. November 2009

Gemeinsam gegen Gewalt – DFB und Gewerkschaft der Polizei beschließen Partnerschaft

Gemeinsam gegen Gewalt, gemeinsam für ein friedliches Miteinander. Das ist das Ergebnis eines Gespräches zwischen dem Deutschen Fußball-Bund (DFB), der Deutschen Fußball Liga (DFL) und der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in der DFB-Zentrale in Frankfurt am Main. Ziel ist es, den Fußball und die Polizei für alle sichtbar als Partner im Kampf gegen Gewalt darzustellen.



INTERVIEW

Sonntag, 15. November 2009

Innenminister Hövelmann zum neuen Landesbeamtengesetz – Experiment oder Innovation?

Was ändert sich? Info und kurze Betrachtung zum neuen Gesetz! Das neue Gesetz soll einer größeren Durchlässigkeit im Laufbahnrecht und dem Leistungsge danken Rechnung tragen, so die Überschrift zum Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Landesbeamtentums.

Donnerstag, 12. November 2009

GdP fordert eigenen Paragraphen gegen Angriffe auf Polizeibeamte

Berlin. Einen eigenen Paragraphen, der Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte unter eine Strafdrohung zwischen drei Monaten bis zu fünf Jahren stellt, fordert die GdP.

Montag, 9. November 2009

Reaktionen auf den Brief an die Bundestagskandidaten

Treffen mit dem neuen Bundestagsabgeordneten Burkhard Lischka (SPD).

Im Heft 9/2009 der DP war der Brief des Landesseniorenvorsitzenden Wolfgang Jung an die Bundestagskandidaten im Landesteil abgedruckt.

**Unter dieser Überschrift werden kurze und prägnante Informationen aus den letzten Wochen veröffentlicht.*

Fortsetzung von Seite 1

gen und Stellenhebungen und natürlich die Personalratswahlen Ende April im nächsten Jahr.

Worauf freust du dich in nächsten Jahr am meisten?

Am meisten freue ich mich auf den 1. Januar, denn dann wird 20 Jahre nach der Wende die Mauer in der Besoldung endgültig fallen.

Und wovor hast du den größten Respekt?

Den größten Respekt zolle ich der Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen, dem ehrenamtlichen Engagement und der Meinung anderer. Andererseits beängstigt mich die Verschärfung der Gewalt gegen Polizeibeamte und ich erwarte den Fortgang der Auseinandersetzung mit diesem Thema.

Du betreibst in der Freizeit Volleyball, Schwimmen und Schnorcheln. Wie schaffst du es, das mit deiner Arbeit als Landesvorsitzender zu vereinbaren?

Bisher ist mir das einigermaßen gelungen, freitags mit einer Volkssportgemeinschaft Volleyball zu spielen. Das will ich auch beibehalten. Schwimmen und Schnorcheln findet dann schon eher im Urlaub statt. Allerdings werde ich im nächsten Jahr das Training für die Polizeimeisterschaften im Schwimmen und

Retten aufnehmen. Da möchte ich wieder am Rettungsmehrkampf teilnehmen.

Ich danke dir für deine offenen Antworten und wünsche dir und deiner Familie alles Gute für die nächsten Jahre.

Jens Hüttich

Das Interview wurde bereits am 3. Dezember geführt!

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20100101



Uwe Petermann, seit dem 22. 10. 2009 Landesvorsitzender

 **DEUTSCHE POLIZEI**
Ausgabe:
Landesbezirk Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle:
Halberstädter Straße 120
39112 Magdeburg
Telefon: (03 91) 6 11 60 10
Telefax: (03 91) 6 11 60 11
E-Mail: lsa@gdp-online.de

Redaktion:
Jens Hüttich (Vi.S.d.P.)
Walter-Kersten-Straße 9
06449 Aschersleben
GdP-Phone: (0 15 77) 4 44 04 31
Telefon: (0 34 73) 80 29 85
Fax: (03 21) 21 04 15 61
E-Mail: jens.huettich@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96 0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-281X

RECHTSSCHUTZKOMMISSION

Halle. Auf dem Landesdelegiertentag Ende Oktober 2009 wurde auch eine neue Rechtsschutzkommission gewählt. Es fand auch dort ein Wechsel statt. Langjährige Mitglieder wie Heiko Krause, Lothar Stephan und Alan Morris schieden aus. Neu gewählt wurden Rolf Berger (PD Ost), Dietmar Weil (PD Süd), Detlef Anderson (PD Nord), René Ludwicki (TPA), Günther Jänsch (LKA) und Frank Schönfuß (FHS) wurden wiedergewählt.

Die Rechtsschutzkommission wird durch den stellv. Landesvorsitzenden, Vorsitzenden des PPHP und Verantwortlichen für den Bereich Rechtsschutz im GLBV, Koll. Jürgen Naatz, sowie durch Koll. Frank Schröder (zugleich Rechtsanwalt) unterstützt. Alter und neuer Vorsitzender der Rechtsschutzkommission ist der Koll. Günther Jänsch, der einstimmig wieder in dieses verantwortungsvolle Amt gewählt wurde.

Die Rechtsschutzkommission behandelt die von den Mitgliedern eingereichten Rechtsschutzanträge. Dabei wird

über die Gewährung von kostendeckendem Rechtsschutz für Fälle entschieden, die mit dem Dienst zu tun haben (z. B. Straf- und Disziplinarverfahren, Beurteilung, Beförderung, Eingruppierungen, Versetzungen, Kündigungen, u. v. m.). Voraussetzung für die positive Bescheidung eines Rechtsschutzantrages ist die ordnungsgemäße Stellung eines schriftlichen Antrages, der auch von der Internetseite der GdP herunterzuladen ist, die Befürwortung durch die zuständige GdP-Bezirksgruppe, die Entrichtung des ordnungsgemäßen Mitgliedsbeitrages und nicht zuletzt die hinreichenden Erfolgsaussichten des Falles. Ganz wichtig ist dabei, dass der Antrag stellende Kollege oder die Kollegin eine kurze Sachverhaltsdarstellung abgibt und die erforderlichen Unterlagen beifügt, damit sich die Rechtsschutzkommission ein genaues Bild der Angelegenheit machen kann. Sonst müssen immer wieder beim Mitglied Nachfragen gestellt werden, was

Fortsetzung auf Seite 8



WERBEAKTION

Neueinstellung einmal anders

Fortsetzung aus der „DP“, 12/2009

Alles lief super für uns, man konnte förmlich spüren, dass die Jugend das lockere Plaudern von Eckhard über seinen Werdegang in der GdP und seiner Arbeit in der BePo als sehr angenehm empfand.

Dieser Teil unserer neuen Vorstellungskonzeption lief also schon mal nach Maß. Auf den Fluren des Kulturhauses warteten nun die Infostände auf unsere 118 Studenten/-innen und Anwärter/-innen. Die bereits ausgelegten Infomappen mit den Leistungen der GdP und PVAG-Signal/Iduna waren in Windeseile vergriffen.

Regel Gebrauch wurde auch diesmal wieder von der Tombola gemacht, die von der Signal/Iduna mit vier attraktiven Hauptpreisen gefüllt wurde.

Gleich am nächsten Nachmittag wurde zu einem individuellen Gespräch bei Kaffee und Kuchen, kalten Getränken sowie einer kleinen Zuckertüte eingeladen. Die Resonanz war für alle Beteiligten überraschend positiv. Der Aufwand hatte sich gelohnt! Diesem ersten Gespräch sollten noch zwei weitere Gesprächsrunden folgen.

Die immer selben Fragen: „Wie teuer ist die Mitgliedschaft, welche Leistungen bietet die GdP, warum brauche ich eine kleine Anwartschaft, was ist der Unterschied zwischen kleiner und großer Anwartschaft, wozu brauch ich das GdP-Phone, kostet es auch wirklich nichts...?“ wurden von allen beteiligten „Betreuern“ mit gekonnter Sachlichkeit und überzeugendem Wissen an den Mann/die Frau gebracht.

Spätestens hier möchte ich den Kolleginnen und Kollegen der PVAG-Sig-

nal/Iduna recht herzlich danken, denn mit ihrer fachlichen Beratung über die gesamten versicherungstechnischen Angelegenheiten haben sie einen großen Anteil am Gelingen der individuellen Gesprächsrunden. Ebenfalls möchte ich mich an dieser Stelle bei den Mitgliedern der AG Werbung sowie allen Beteiligten an den Werbeveranstaltungen bedanken. Ohne eure Mithilfe wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen. Dieses gute Ergebnis zeigt die hohe Beteiligung an unseren Veranstaltungen und vielen neuen GdP-Eintritten. Unser bis dahin bestes Ergebnis bei Eintrittren aus der Herbsteinstellung 2008 konnten wir um 10% überbieten!

Zum Schluss noch ein weiteres Highlight, die Bekanntgabe unserer Hauptgewinner der Tombola. Sie wurde durch unseren Partner, der PVAG-Signal/Iduna, mit vier sehr attraktiven Preisen gefüllt.

Die Gewinner sind:

1. Preis: Tobias Engel – Ein 300-Euro-Gutschein bei Media Markt
2. Preis: Felix Pöls – Ein 150-Euro-Gutschein bei Media Markt
3. Preis: Claudia Firl – 2 Eintrittskarten zu einem Handballspiel mit dem SC Magdeburg
4. Preis: Jessika Stelzner – 2 Eintrittskarten zu einem Handballspiel mit dem SC Magdeburg

Die feierliche Preisübergabe wurde am 7.10.2009 in einem Lokal der Stadt Aschersleben vorgenommen. Die Preisübergabe nahm Steffen Eckbert, der Regionalbeauftragte der PVAG Signal/Iduna, persönlich vor.

Zum anschließenden Abendessen waren die Preisträger vom Ausrichter der Tombola selbstverständlich eingeladen.

Gerald Friesse

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20100103

Steffen Eckbert, der Regionalbeauftragte der PVAG Signal/Iduna, übergibt den 1. Preis an Tobias Engel.



REDAKTIONSSCHLUSS

der Ausgabe 2/2010 ist

Freitag, der 8. Januar 2010

und für die Ausgabe 3/2010 ist es

Freitag, der 5. Februar 2010

Für Manuskripte, die unverlangt eingesandt werden, kann keine Garantie übernommen werden. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

Neu in dieser Ausgabe ist, dass unter jedem Artikel ein Internet-Link steht, mit dem man den Text sofort im Internet nachlesen kann.

Die Landesredaktion

BEITRAGSANPASSUNGEN

Zum 1. Januar 2010 erfolgt der letzte Schritt in Richtung 100% Besoldung und Vergütung. Somit erfolgt zeitgleich zum 1. Januar 2010 eine Beitragsanpassung ab Besoldungsgruppe A 10 und vergleichbaren Vergütungsgruppen.

Wir bitten, dieses zu beachten.

Gleichzeitig möchten wir informieren, dass es zum 1. März 2010 auf Grund von Besoldungs- und Vergütungserhöhungen eine Beitragsanpassung mit Ausnahme der Rentempfänger gibt. In diesem Zusammenhang möchten wir nochmals da-

rauf aufmerksam machen, dass Veränderungsmeldungen die beitragsrelevant, wie z. B. Teilzeit, Altersteilzeit, Beförderungen oder Änderungen bei den Renten- und Versorgungsbezügen, selbst anzuzeigen sind. Dieses kann auch bei den Bezirksgruppenvorständen erfolgen. Auch stehen weiterhin die Ansprechpartner im Landesbüro unter der Telefonnummer 03 91/6 11 60 10 (kostenfrei im GdP-Phone-Netz) oder unter lsa@gdp-online.de zur Verfügung.

Vera Ruppricht

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20100104



Wir waren vor 20 Jahren dabei

Fortsetzung aus der „DP“ 11/2009

Der Grundsatz „Eine Dienststelle – eine Gewerkschaft!“ sollte verwirklicht werden. Inhaltliche Forderungen der Gründungsversammlung waren Bildung einer Solidargemeinschaft, die keine Eingriffe in soziale Gegebenheiten zulässt, gesetzlich verankertes demokratisches Mitspracherecht, ein Gewerkschaftsgesetz und verbindliche rechtliche Regelungen für die Wahl von Personalvertretungen in den Dienststellen. Die Mitgliedschaft in einem Berufsverband und in einer Gewerkschaft sollten sich nicht ausschließen. Die gleiche Meinung vertrat der Verband der Kriminalisten (VdK), der einen Tag später in einem Hörsaal der Berliner Humboldt-Universität gegründet wurde.

Transparenten wie „Betrogen, verraten missbraucht – auch wir sind das Volk!“ machten sie auf ihre Situation aufmerksam. Diese Situation bestand darin, dass Volkspolizisten an der Basis für die Übergriffe im Herbst 1989 die Verantwortung übernehmen sollten, während ehemalige SED-Funktionäre und hohe Vorgesetzte von allem nichts gewusst haben wollten.

Keine Experimente mehr

Im Frühjahr 1990 zeichnete sich immer mehr ab, in welche Richtung sich die DDR politisch entwickeln würde. Die Menschen waren es satt, noch einmal an einem sozialistischen Experiment teilzunehmen. Das wurde am 18. März 1990 bei den ersten freien Wahlen in der DDR sehr deutlich. Eine bürgerliche Regierung unter Führung der CDU wurde gebildet und Peter-Michael Diestel, ein konservativer Rechts-

Im Sommer 1990 zeigte sich bald, dass nun die Polizeibeschäftigten verstärkt auf ihre sozialen Verhältnisse achten mussten. Entlassungen und niedrige Einkommen waren nicht mehr ausgeschlossen. Die GdVP hatte hier ihre ersten Bewährungsproben zu bestehen. Sogar ein Personalvertretungsgesetz für die DDR war noch am 1. Juli 1990 in Kraft getreten, gewählt wurden die Personalräte aber erst im Oktober.

Die Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 kam dann für alle sehr schnell. Zunächst hatte sich die Volkskammer nicht über die Form und den Termin einigen können. Aber in einer Sitzung am 24. August 1990 fiel die Entscheidung zugunsten des Beitritts nach Artikel 23 des Grundgesetzes, der am 3. Oktober 1990 erfolgen sollte. Mit der Wiedervereinigung stellte sich auch die Frage nach dem weiteren Schicksal der GdVP. Dazu hatten Gespräche mit der GdP stattgefunden und im Oktober 1990 erklärte der überwiegende Teil der Mitglieder der GdVP seinen Übertritt in die GdP.

Lothar Jeschke

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20100105



Noch im November 1989 berichtete die Zeitschrift „Die Volkspolizei“ als Organ des Ministeriums des Innern der DDR in althergebrachter Weise über den Einsatz gegen Rowdys, Randalierer und Störenfriede bei den Demonstrationen in Dresden und Berlin.



anwalt aus der Partei „Deutsche Soziale Union (DSU)“, amtierte als Innenminister. Nun wusste niemand mehr, ob die Bezeichnung „Volkspolizei“ noch aktuell war. Viele Medien verzichteten schon darauf. Ab dem 1. Mai hieß es nur noch „Polizei“, die militärischen Dienstgrade wurden abgeschafft. Die Anrede „Genosse“ war schon Anfang Januar 1990 durch „Herr“ ersetzt worden.

Immer schneller fuhr der Zug in Richtung Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Ständig liefen Verhandlungen, ob mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges oder zwischen den deutschen Regierungen. Die Wirtschafts- und Sozialunion wurde geregelt und die Verhandlungen zum deutschen Einigungsvertrag begannen. Am 1. Juli 1990 wurde auch in der DDR die D-Mark eingeführt. Damit wurde ein lang ersehnter Wunsch vieler DDR-Bürger erfüllt. Die damit verbundenen Probleme bei der gleichzeitigen Einführung der Marktwirtschaft wollten oder konnten viele nicht sehen.

SENIOREN-TERMINE

Seniorengruppe Bitterfeld-Wolfen Bereich Bitterfeld

Versammlungstermine

am 11. 2. 2010 um 15.00 Uhr und am 15. 4. 2010 um 15.00 Uhr im Polizeikommissariat Bitterfeld

Kegeltermine

am 20. 1. 2010 und am 14. 4. 2010 von 14.30 bis 16.30 Uhr auf der Bundeskegelbahn Sandersdorf

Bereich Wolfen

Versammlungstermine

am 2. 2. 2010 und am 6. 4. 2010 um 15.00 Uhr in der Gaststätte „Am Rodelberg“ in Wolfen

Seniorengruppe PD Nord Kreisgruppe PD Haus

Versammlungstermine

am 18. 1. 2010 und 15. 2. 2010 um 14.00 Uhr im Altern und Service Zenter Sudenburg der Volkssolidarität

und der Stadt Magdeburg, Halberstädter Straße 115. Straßenbahn Linie 1 und 10 bis Eiskeller-Platz.

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20100106



3. LANDES-GdP-BALL

Das Veranstaltungs-Highlight 2009 war der 3. Landes-GdP-Ball am 14. November. Er war der kulturelle Abschluss des Konferenzjahres 2009. Im RAMADA-Hotel in Halle/Peißen fanden wir das richtige Ambiente und auch das notwendige Know-how.

Punkt 19.00 Uhr öffneten sich die Türen zu einem festlich hergerichteten Saal. Am Saaleingang erwartete die Gäste der schon geschätzte Losverkauf für die Tombola. Durch die Vorstandsmitglieder des Fördervereins, die auch in diesem Jahr wieder die Organisation übernahmen, wurden einige Sponsoren gefunden und viele Preise zusammengetragen. Als Hauptpreis wurde ein LCD-Fernseher, gesponsort von Fa. Bauer, verlost.

Der Vorsitzende unseres Fördervereins Uwe Petermann und seine Stellvertreterin Vera Rupprich begrüßten pünktlich um 20.00 Uhr alle Gäste und eröffneten mit einem Glas Sekt den 3. Landes-GdP-Ball und vor allem das Büfett und das war köstlich für Augen und für den Magen.

Die musikalische Umrahmung übernahm die Partyband „Let's Dance“. Leichte Unterhaltungsmusik gab es während des Essens, danach baten sie zum Tanz und das ließen sich unsere Kolleginnen und Kollegen nicht zweimal sagen – damit war die Tanzfläche belegt.

Die Tanzpausen wurden ausgefüllt durch das „STEPS Dance Center“, das waren sechs junge Damen, die mit ihren vier Auftritten eine Augenweide waren, vor allem auch für die Männer.

Der Höhepunkt des Abends war die Verlosung der Preise, die Gewinner konnten sich über kleine Trostpreise und hochwertige Produkte bis hin zum Hauptpreis, einem LCD-Fernsehgerät, erfreuen. Die Glücksfee Beate Berndt zog dann auch den Gewinner des Hauptpreises. Kollege Lutz Bornemann trug glücklich seinen Gewinn nach Hause.

Weitere Gewinner werden Kinder sein, die in den Albert-Schweitzer-Kinderdörfern betreut werden, denn die Einnahmen aus dem Losverkauf gehen zu einhundert Prozent an die Einrichtungen des Albert-Schweitzer-Kinderdorfs und

das sind immerhin 262,00 Euro. Nach der Verlosung wurde wieder kräftig das Tanzbein geschwungen, die Stimmung war bis zum letzten Tanz sehr ausgelassen und so musste die Band noch ein paar Titel zusätzlich spielen.

Es war ein schöner Abend und eine sehr gelungene Veranstaltung, deshalb möchten wir auf diesem Wege, ich bin mir sicher, auch hier im Namen aller Teilnehmer zu sprechen, allen Organisatoren recht herzlich danken.

Wir freuen uns aufs nächste Mal.

Carla Thieleck

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20100107



Vom ersten bis zum letzten Tanz – Die Tanzfläche ist immer voll.

BEZIRKSGRUPPE PD-SÜD

Kalte Dusche für das PRev Saalekreis

Am 19. November 2009 war es soweit. Zumindest für zwei Stunden verfügte das Polizeirevier Saalekreis endlich über die langersehnten Duschgelegenheiten.

An diesem Tag fand im Polizeirevier Saalekreis in Merseburg eine Dienstberatung statt, an welcher Führungskräfte der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Süd und der Abteilungsleiter 2 des MI, Herr Liebau, teilnahmen.

Der Örtliche Personalrat nutzte die Gelegenheit, um auf den Umstand der fehlenden Duschgelegenheiten im Polizeirevier Saalekreis aufmerksam zu machen.

Auf Grund der Polizeistrukturreform 2007/2008 und der Neubildung der PD

Sachsen-Anhalt Süd mit Sitz in Halle wurde das Gebäude der ehemaligen PD Merseburg die neue Heimat für das Polizeirevier. Bereits im Vorfeld wurde bei den Besprechungen darauf hingewiesen, dass die Liegenschaft Hallesche Straße 96–98 über keine Duschgelegenheiten verfügt.

Das Jahr 2009 ist fast vorüber, es gibt noch immer keinen Termin zum Beginn der Baumaßnahme.

Nach letzten Informationen liegt der Auftrag beim Landesbetrieb Bau, es fehlen aber die finanziellen Mittel.

Der ÖPR stellte kurzerhand ein Partyzelt auf den Hof und installierte dort zwei Gartenduschen mit Wasseranschluss.

Bevor die anreisenden Teilnehmer das Polizeirevier betraten, wurde die moderne „Duschanlage“ vorgestellt.

Die Mitglieder des ÖPR begrüßten Herrn Liebau und informierten über den Hintergrund der Aktion. Herr Liebau hatte ein offenes Ohr für die Problematik und zeigte im Gespräch sein Verständnis für den Unmut der Kollegen.

Wir hoffen, dass das Projekt „Duschräume im PR“ spätestens 2010 Geschichte ist und unsere Aktion den Zeitplan etwas beschleunigen kann.

Kerstin Pfrepper

Mitglied des Örtlichen Personalrates

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20100108





Stellenabbau bei der Polizei ...

... in Sachsen-Anhalt

Das Personalentwicklungskonzept 2008 bis 2025 des Ministeriums für Finanzen hat für den Bereich des Polizeivollzugs eine Zielgröße von 5500 Stellen im Jahr 2020 formuliert. Aktuell beläuft sich der Stellenbestand im Polizeivollzug auf 7385 Stellen. Um die angestrebte Zielgröße zu erreichen, bedarf es also des Abbaus von insgesamt 1885 Stellen bis 2025.

Das Finanzministerium geht bei seinen Überlegungen vom Verhältnis Polizeibeamte zu Bevölkerung aus. Die Verhältniszahl beträgt im Bundesdurchschnitt 1:400. Sachsen-Anhalt liegt bei 1:407. Das Finanzministerium macht deshalb ein weiteres Einsparvolumen von 200 Stellen aus.

Dem gegenüber steht die Meinung des Ministeriums des Innern, welches auf eine belastungs- und damit aufgabenbezogene Personalbedarfsermittlung verweist. Überdurchschnittlich hohen Verkehrsunfallzahlen und einer im Bundesdurchschnitt überproportionalen Straftatenhäufigkeit müsse mit einem ebenfalls überdurchschnittlichen Personalbestand begegnet werden.

Im Personalentwicklungskonzept 2007 bis 2020 soll eine Einsparverpflichtung von 1483 Stellen festgelegt werden, weitere 402 Stellen befinden sich bereits aufgrund früherer Abbaubeschlüsse noch im Bestand des Haushaltes. Setzt man dieses Ziel in Relation zur voraussichtlichen Bevölkerungszahl des Jahres 2020, so ergibt sich für das Jahr 2020 eine Polizeidichte von 1:365.

Die Stellen im Bereich der Polizeiverwaltung orientieren sich aus systematischen Gründen an denen des Polizeivollzugs. Eine Relation von 15,8 Verwaltungsstellen zu 100 Vollzugsstellen wurde als sachgerechter Maßstab ermittelt. Auf dieser Basis hat die Landesregierung einen Abbau von 600 Stellen im Bereich der Polizeiverwaltung beschlossen, wovon 77 Stellen bis 2011 und weitere 533 Stellen bis 2020 abzubauen sind. Zu beachten ist, dass es sich hier um Zahlen für das gesamte Land handelt.

Jens Isensee

... in Thüringen

Die Landesregierung hatte sich in der letzten Legislaturperiode das Ziel gestellt, in der Landesverwaltung 7400 Stellen einzusparen. Davon entfielen auf das Innenministerium 1591 Stellen. Innerhalb des Innenministeriums sollte dann die Polizei im Zeitraum 2008 bis 2019 insgesamt 1018 Stellen reduzieren. Im Haushaltsplan 2008/2009 ist detailliert beschrieben, wie dieser Stellenabbau in den kommenden Jahren betrieben werden soll.

Die GdP hat von Anfang an kritisiert, dass die Polizei stärker abgebaut werden soll, als dies aufgrund des prognostizierten Bevölkerungsrückgangs zu erwarten wäre. Innenminister und GdP waren sich darin einig, dass die Verhältniszahl Polizeibeamte pro Einwohner keinerlei Aussagekraft für die Personalberechnung hat. Entscheidend sind die Aufgabenzuweisung und die Struktur der Verwaltung. Eine kleingliedrige Verwaltung ist personalintensiv.

Der Stellenabbau wird in Thüringen seit Jahren über die Zahl der Neueinstellungen reguliert. Die Zahl der Neueinstellungen bedarf der Zustimmung durch die Finanzministerin. Sie hat in den letzten Jahren immer unter der Zahl der Pensionierungen gelegen. Dabei wurde die Zahl der Polizeibeamten, die aus anderen Gründen aus dem Dienst ausgeschieden sind, völlig vernachlässigt.

Die Situation im Tarifbereich und bei den Verwaltungsbeamten ist identisch. Alle Altersabgänge im Tarifbereich bis 2019 sollen nicht ersetzt werden. Neueinstellungen im Bereich der Verwaltungsbeamten sind mit einem Sechser im Lotto zu vergleichen.

Die Regierungskoalition aus CDU und SPD hat vereinbart, den Stellenabbau bei der Polizei bis Ende 2010 auszusetzen. Das ist praktisch unmöglich, weil die Beamten, die 2010 ihre Ausbildung beenden, bereits vor zwei bis drei Jahren ihre Ausbildung begonnen haben. Die GdP fordert den Stellenabbau weiter zu stoppen, bis eine Entscheidung über eine Funktional- und Gebietsreform gefallen ist. *Edgar Große*

... in Sachsen

Während der dritten Sitzung des 5. Sächsischen Landtages am 11. November 2009 offenbarte der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Stanislaw Tillich, im Rahmen seiner Regierungserklärung unter dem Leitbild Sachsen 2020, wie es mit der Gewährleistung der Sicherheit weitergehen soll.

So erklärte er, dass „im nächsten Jahrzehnt ... die Weichen für den weiteren Erfolg des Freistaates Sachsen“ gestellt werden. „Die Arbeit der Staatsregierung wird sich deshalb an einem Leitbild orientieren ...“ denn „eine Region ist nur dann attraktiv, wenn die Bürger sicher leben ... können. Wir werden im Haushalt die Voraussetzungen dafür schaffen, 300 neue Polizisten einzustellen. ... Wir werden die Sicherheit im grenznahen Raum weiter gewährleisten. Dafür werden wir dort mit zusätzlichen Einsatzkräften präsent sein.“

Diese Ankündigungen sind vollmundig, ungenau und lassen starke Zweifel aufkommen, ob die Tatsachen noch wahrgenommen werden. In Wirklichkeit bedeutet diese Absichtserklärung und die Vereinbarung im Koalitionsvertrag jährlich 300 neue Polizistinnen und Polizisten einzustellen, dass allein in den Jahren 2009 bis 2013 die Anzahl an Polizisten sich um weitere 847 Stellen verringern wird. Dies ergibt sich aus der Differenz zwischen jährlicher Neueinstellung und den Altersabgängen in diesen Jahren. Unberücksichtigt bleiben dabei die Verwaltungsbeamten und Tarifbeschäftigten, die zur Arbeitsfähigkeit der sächsischen Polizei notwendig sind.

Eine Aufgabekritik ist bisher nicht erfolgt. Die Gewaltbereitschaft des polizeilichen Gegenübers steigt. Der Altersdurchschnitt der sächsischen Polizei ist hoch. Für eine bürgernahe Polizei benötigt die sächsische Polizei in Wirklichkeit einen höheren Einstellungskorridor für junge Polizisten, aber auch mehr Tarifbeschäftigte in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis. Alles andere ist halbherzig, inkonsequent und gerade nicht zukunftsorientiert. *Torsten Scheller*



GdP-SENIORENGRUPPE

Das Jubiläumsjahr 2010

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, vor wenigen Tagen hat das 10. Jahr des neuen Jahrhunderts und Jahrtausends begonnen. Wir schreiben nun schon das Jahr 2010. Ich wünsche uns allen, dass es ein gutes Jahr wird, wir alle gesund bleiben und zufrieden sein können. Dieses Jahr ist auch das Jahr eines doppelten Jubiläums für die Gewerkschaft der Polizei in den neuen Bundesländern.

Zum einen das 60-jährige Jubiläum der Gewerkschaft der Polizei in der Bundesrepublik Deutschland und zum anderen das 20-jährige Jubiläum in den neuen Bundesländern.

Erinnern wir uns kurz:

Während in der alten Bundesrepublik 1950 Kollegen zusammenkamen, um als Berufsvertretung die Gewerkschaft der Polizei ins Leben zu rufen, war für die Angehörigen der deutschen Volkspolizei (VP) in der sowjetischen Besatzungszone im Juli 1949 die Betätigung in einer Gewerkschaft zu Ende. Noch vor Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 kam es zwischen der Deutschen Verwaltung des Innern (dem Vorläufer des Ministeriums des Innern der DDR 2 [Mdl]) und dem Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) zu einer Vereinbarung, wonach für alle Angehörigen

der VP die Mitgliedschaft im FDGB ruht. Diese Regelung galt auch für alle später ins Leben gerufenen bewaffneten Organe der DDR. Gleiche Regelungen galten auch in den anderen sozialistischen Staaten.

Es gab eine Einschränkung, für die zivilbeschäftigten Arbeiter und Angestellte (heute Tarifbeschäftigte) galt diese Vereinbarung nicht. Erst im Spätherbst 1989 gab es wieder Bewegung und diese Vereinbarung wurde außer Kraft gesetzt. In den Dienststellen begannen Kolleginnen und Kollegen mit den Vorarbeiten für eine Gewerkschaft der VP, des Strafvollzuges und der Feuerwehr. Diese Arbeiten wurden durch das Mdl der DDR unterstützt. Eine Zusammenkunft von Abgesandten der Dienststellen der VP des Strafvollzuges und der Feuerwehr, die im Januar 1990 in der Turnhalle der Hochschule der Volkspolizei in Berlin stattfand (deshalb auch Turnhallenkonferenz genannt), die die Gründung einer Gewerkschaft für die Organe des Mdl diskutieren sollte, endete mit der Gründung der Gewerkschaft der Volkspolizei (GdVP) in der DDR.

Im Oktober 1990 traten dann zahlreiche Kolleginnen und Kollegen der GdVP einzeln in die GdP ein und die GdVP löste sich auf. Die Kolleginnen und Kollegen mit Vor-



**Wolfgang Jung,
Vorsitzender der
Seniorengruppe**

dienstzeiten in der VP können sich sicher daran erinnern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erinnert euch, wie kompliziert und wie schwer das war, die GdP zu einer Organisation zu entwickeln, die sich heute als souverän, kompetent und stark bezeichnen kann, wie das Motto des 6. Landesdelegiertentages lautete.

Dann möchte ich nur nebenbei daran erinnern, dass in diesem doppelten Jubiläumsjahr der GdP in Sachsen-Anhalt Personalratswahlen stattfinden. Wünschen wir unseren aktiven Kolleginnen und Kollegen eine glückliche Hand bei dieser Wahl für kompetente, souveräne und starke Personalräte.

Wolfgang Jung

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20100109

GdP-SENIORENGRUPPE BITTERFELD-WOLFEN

Nach den Informationen unseres Vorsitzenden Wolfgang Jung über die Problematik der „Vorsorge zur Gesundheit im Alter“ legten wir fest, einen Vortrag mit Gesprächsrunde zu diesem Thema durchzuführen. Am 5. 11. 2009 um 14.00 Uhr trafen sich die Mitglieder unserer Seniorengruppe mit ihren Ehe- und Lebenspartnern im Senioren-Service-Zentrum „Gisander“ in Sandersdorf-Brehna. Die Terminvereinbarung und die Absprachen mit Fr. Kehler, Fr. Hanisch und Hr. Gaudian vom Senioren-Zentrum übernahm Klaus Düring. Die Senioreneinrichtung ist unser Partner in allen Fragen zur Gesundheit im Alter.

Für den Vortrag konnte die Hausärztin, Stadträtin und Kreistagsabgeordnete Frau Dr. Petra Bergholz gewonnen werden.

Nach der Begrüßung durch Koll. Klaus Düring begann sie ihren Vortrag und legte diese wesentlichen Punkte dar:

- Gesundheit ist keine Frage des Alters
- Krankheiten darf man nicht einfach hinnehmen



Übergabe des Geschenks an Frau Dr. Bergholz durch Rudi Dittel

- Es gibt 15 Regeln – gesund älter zu werden, einige dieser Regeln führte Frau Dr. Bergholz näher aus:
- Bereiten Sie sich auf das Alter vor.
- Nutzen Sie Vorsorgemaßnahmen.
- Es ist nie zu spät, den eigenen Lebensstil positiv zu verändern.
- Seien Sie in allen Lebenslagen körperlich fit.

- Trauen Sie Ihrem Körper etwas zu.

Bei der anschließenden Gesprächsrunde machte sie noch den Vorschlag, solche Runden in gewissen Abständen zu wiederholen. Koll. Düring schlug dann vor, dass die Senioren ihre Fragen und Probleme zu „Gesundheit im Alter“ schriftlich notieren. Frau Dr. Bergholz wird diese Fragen dann bei der nächsten Gesprächsrunde beantworten.

Die Senioren bedankten sich mit einem langen Beifall. Unser Vorsitzender Rudi Dittel und sein Stellvertreter Klaus Düring haben sich dann im Namen aller Senioren mit einem Blumenstrauß und einem Polizeitddy bei Frau Dr. Bergholz bedankt.

Ein besonderes Dankeschön geht an das Küchenteam des Zentrums für die gute Bewirtung mit Kaffee und Kuchen.

Klaus Düring

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20100110



RECHTSSCHUTZ

Fortsetzung von Seite 2

die Bescheidung verzögert. Die Kostendeckungszusage der GdP umfasst die Verfahrenskosten wie Gerichts- und Anwaltskosten, sonstige vom Gericht auferlegte Kosten wie Gebühren und Sachverständigenkosten. Zu beachten ist, dass für jede gerichtliche Instanz ein neuer Rechtsschutzantrag gestellt werden muss. Gegen Entscheidungen der Rechtsschutzkommission ist die Beschwerde zum Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand zulässig.

Die Rechtsschutzkommission tagt normalerweise alle drei Wochen (in Eilfällen auch sofort) im Landesbüro in Magdeburg, wird aber in Zukunft bei Bedarf auch in Halle oder Dessau tagen. Die Rechtsschutzkommission ist über das Landesbüro zu erreichen.

Alle Rechtsschutzkommissionsmitglieder freuen sich auf ihre für unsere Gewerkschaft so wichtige Arbeit und sind in ihrer Eigenschaft auch für die Mitglieder gerne Ansprechpartner.

Frank Schröder

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20100102

